

# **Verantwortung für die Soziale Marktwirtschaft**

*Rede auf dem Kongress der SPD-Bundestagsfraktion „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ am 2. Juni 2005 in Berlin*

Wir haben heute hier das Thema des Jahres auf der Tagesordnung, die Soziale Marktwirtschaft. Nicht nur das Soziale, sondern auch den Markt und die Wirtschaft. Nicht nur die Marktwirtschaft, sondern auch das Soziale. Thema des Jahres, weil es in diesem Jahr, in der angestrebten Bundestagswahl, um die Richtung geht – Soziale Marktwirtschaft – ja oder nein? Um die Frage: Die Menschen als Subjekte im Mittelpunkt von Wirtschaft oder als Objekte in der Trommel des großen Wirtschaftsspiels?

Mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, guter Infrastruktur, qualifizierten und motivierten Arbeitnehmern, tüchtigen und erfolgreichen Unternehmern, mit innovativen Forschungseinrichtungen und mit hoher Lebensqualität hat unser Land sich einen hervorragenden Platz in der Weltwirtschaft erarbeitet. Der Wohlstand in Deutschland ist ansehnlich, er ist im Vergleich mit anderen Ländern gut. Das hat – außer mit dem Genannten – auch zu tun mit dem Zusammenhalt in Gesellschaft und Wirtschaft. Mit sozialen Rechten, die sozialen Frieden sichern helfen. Mit Sozialer Marktwirtschaft.

Der Blick in die Geschichte zeigt: Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft ist älter als die CDU und schon gar nicht deren Patent. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Gemeinschaftsprodukt von Konservativen und katholischer Soziallehre und Sozialdemokratie. Sie weist über die heutige Politik der Merkels und Westerwelles weit hinaus. Ihre Wurzeln liegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damals ist die Idee entstanden und sind Einsicht und Konsens gewachsen, dass wirtschaftliche Kraft nicht in Ausbeutung, sondern im sozialen Zusammenhalt erwachsen kann und muss.

- Seitdem gibt es ordnungsrechtliche Rahmen für den Markt.
- Seitdem arbeiten wirtschaftliche Akteure und Sozialpartner zusammen: bei der Lohnfindung, bei den Arbeitsbedingungen.
- Seitdem gibt es organisierte solidarische Absicherung für die Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Alter.
- Seitdem stellt sich der Staat aktiv seiner gesamtwirtschaftlichen Verantwortung.

Längst nicht alles war sofort da, vieles wuchs in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts an Erkenntnis und Praxis hinzu.

Die Leitplanken lassen sich identifizieren: Der Markt und das Soziale müssen immer wieder neu miteinander verzahnt werden. Ausgerichtet an den Erfordernissen der Zeit. Die SPD hat sich oft daran beteiligt:

- Mit dem „Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft“ von Karl Schiller,
- mit der Erweiterung von Mitbestimmung und Bildungschancen während der sozialliberalen Koalition,

- und seit 1998 mit der sozialen und ökologischen Erneuerung unseres Wirtschaftssystems und der Restrukturierung der sozialen Systeme. Die Agenda 2010 ist dabei von besonderer Bedeutung.

Die grundsätzliche Ausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft steht bei all diesen Entwicklungen unverrückbar fest: Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Zu Ende ist der Weg nicht, die Herausforderung bleibt.

Soziale Marktwirtschaft heißt: Wohlstand für alle. Nicht als Heilsversprechen und nicht als Garantie. Aber als Ziel und als Messlatte für das Erreichte und das Angestrebte. Alle sollen ein gerechtes Stück vom Kuchen der gemeinsam erwirtschafteten Werte abbekommen. Das Stück soll möglichst groß sein. Dafür muss der wirtschaftliche Erfolg möglichst groß sein.

Soziale Marktwirtschaft heißt: Arbeit. Arbeit sichert Lebensunterhalt. Arbeit ist Selbstbestätigung. Arbeit ist nötig. Wir wollen, dass es mehr Arbeit gibt in Deutschland, das weniger Menschen ohne Arbeit sind. Und wir wollen, dass alle Arbeit, die es in Deutschland gibt, von den Menschen getan wird, die legal in unserem Land leben. Beides zu fairen Bedingungen und zu fairen Löhnen.

Ich höre: „Vorfahrt für Arbeit“. Und auch: „Sozial ist was Arbeit schafft“. Das mag gut gemeint sein. Aber das reicht nicht. Das trifft nicht den Kern. Ich setze dagegen: Vorfahrt für menschenwürdige Arbeit. Für Arbeit, die gerecht bezahlt ist und die Arbeitnehmerrechte nicht torpediert. „Vorfahrt für Arbeit“ ist zu oft soziale Kuschelformel für die Rechtfertigung von Niedriglöhnen und die Zerschlagung von Arbeitnehmerrechten.

Jede menschenwürdige Arbeit ist auch ehrenwert. Und es ist absurd, dass wir bei knapp fünf Millionen gezählten Arbeitslosen Pflegerinnen und Apfelpflücker aus dem Ausland holen müssen, dass 15 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts BIP illegal und in Schwarzarbeit erwirtschaftet werden. Über 250 Milliarden Euro pro Jahr.

Ist es die Aufgabe von Unternehmen, Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen? Ordentliche Arbeitsplätze und ordentlich bezahlte? JA!

Vielleicht haben wir ohnehin zu oft als Politiker zu leicht unsere Allzuständigkeit behauptet oder akzeptiert, dass vor allem wir für die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit zuständig seien. Dass das Geld seine Gewinne suchen dürfe weltweit, und dass wir die Arbeitslosigkeit zu beseitigen hätten. Ich weiß, man rutscht da in Kategorien der Moral und der Unternehmensethik. Und manche raten einem, das zu lassen. Geld regiert die Welt, – so sei das nun mal. Genau das will ich nicht akzeptieren und das darf die Sozialdemokratie auch nicht akzeptieren. Denn damit gibt Politik sich selbst auf. Und ich bin mir sicher, dass auch viele Unternehmer das sehen wie ich. Und dass ganz viele auch so handeln. Deshalb müssen wir werben für das Bündnis aller, die ihre Interessen vertreten, die sich aber mitverantwortlich sehen für das Gelingen Sozialer Marktwirtschaft in unserem Land.

Soziale Marktwirtschaft heißt: Wohlstand für alle. Soziale Marktwirtschaft heißt: Arbeit. Und soziale Marktwirtschaft heißt: Teilhabe und Teilnahme. Mitbestimmung und die Arbeitnehmerrechte generell fördern Identifikation mit dem Unternehmen, aber auch die wirtschaftliche Leistungskraft und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Sie schaffen eine Kultur der Freiheit und der Verantwortung, die für soziale Demokratie unerlässlich ist. Der Markt braucht freie und verantwortliche Akteure. Mit ihnen ist er effizienter und dynamischer als in allen anderen Alternativen.

Die Behauptung, das Schleifen von Arbeitnehmerrechten sei der letzte Kick, den unsere Wirtschaft noch benötige, um wettbewerbsfähig zu werden, ist ein Hohn auf die Idee von Demokratie und ein kleinkariertes Verzicht auf die Optimierung betrieblicher und wirtschaftlicher Effizienz. Ich will in meinem kurzen Beitrag nicht besonders auf die Opposition eingehen, aber doch sagen: Deren Ankündigung, Mitbestimmung und Betriebsverfassung, Jugendschutz und Kündigungsschutz und vor allem die Tarifautonomie deutlich zu reduzieren, hat feudalistische Züge und ist ein Verrat an der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Prozess der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist im Gange. Ihre Prinzipien gelten, aber im Konkreten muss sie sich der Lebenswirklichkeit stellen: einer globalisierten Wirtschaft. Sie muss die Chancen eines sich findenden Europas nutzen. Sie muss die Konsequenzen ziehen aus der Mobilität der Menschen und der Güter und des Wissens. Und sie muss die spezifischen Probleme unseres Landes berücksichtigen, zum Beispiel die, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben. Wir leben acht Jahre länger als vergleichbar alte 1960, arbeiten sechs bis sieben Jahre weniger, unsere Kinder haben zu wenige Kinder.

Wir wollen den Wandel politisch gestalten – auch wenn das nicht immer leicht ist. Aber wegducken ist nicht unsere Sache, wie auch nicht das blinde Vertrauen in die Marktkräfte und nicht das gutherzige Verteilen von Wohltaten, die nicht bezahlbar sind oder nur auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Soziale Marktwirtschaft sichern und krisenfest und zukunftsfähig machen ist anstrengend. Das haben wir erfahren. Längst nicht alle, die mitverantwortlich sind, helfen. Mancher Notruf allerdings ist berechtigt und hat unsere Aufmerksamkeit und unsere Bereitschaft zur Besserung verdient. Aber was die Zyniker im konservativen und die im postkommunistischen Lager angeht darf man auch sagen: Das politische Spektrum ist ein Kreis. In ihrer Egozentrik und ihrer politischen Wirkung sind die Westerwelles und Merzens und die Lafontaines und Gysis von gleicher Qualität: Nämlich unverantwortlich.

Sozialdemokraten wissen, dass Wirtschaft erfolgreich sein muss. Wettbewerbsfähig, innovativ, ausdauernd. Dass sie schwarze Zahlen braucht in ihren Bilanzen. Dass der Markt wirken können muss. Das bedenken wir in unserer Politik. Sozialdemokraten wissen genauso gut, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für gute Arbeit guten Lohn erwarten dürfen und bekommen müssen. Eine Politik des sozialen Fortschritts, wie wir sie wollen, hat beides im Blick und weiß, dass beides miteinander vereinbar ist. Dabei sind die Arbeitnehmer die Schwächeren und an manchen Stellen in unserem Land geht die Balance aus dem Lot. Wir stemmen uns gegen alle Versuche, den sozialen Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu minimieren und die Ökonomisierung zur Messlatte des Denkens und Handelns zu machen.

Wir haben

- Körperschaftssteuer und Einkommenssteuer gesenkt, zum Nutzen der Wettbewerbsfähigkeit,
- die Dynamik der Lohnnebenkosten gebrochen,
- die Reform der Gewerbesteuer zum Nutzen der Kommunen gestaltet,
- Existenzgründer Hilfen organisiert und kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) Kredite für Investitionen verbilligt,

- die größte Arbeitsmarktreform auf den Weg gebracht,
- die Bundesausgaben für Bildung und Forschung um gut 35 Prozent erhöht,
- vier Milliarden für Ganztagschulen an die Kommunen gegeben,
- das BAföG um 50 Prozent gesteigert,
- Hunderttausende vergessene Sozialhilfeempfänger an den Arbeitsmarkt zurückgebracht und in die Statistik.

Wir sehen uns in Sachen Soziale Marktwirtschaft auf gutem Weg. Die Richtung stimmt und wir setzen den Weg fort. Erfolgreich sein kann der Weg aber nur, wenn alle relevanten Kräfte der Gesellschaft ihn mitgehen und sich vor weiterem Lösungsbedarf nicht drücken. Denn es gibt Probleme und wir verdrängen sie nicht.

Funktioniert die Soziale Marktwirtschaft noch? Die Menschen fragen das vielerorts – mit Recht – und es muss gehandelt werden, damit nicht aus unbeantworteten Fragen Demokratieskepsis und Resignation erwachsen.

- In einigen Branchen gibt es massives Lohndumping: Arbeitnehmer werden entlassen und durch ausländische Scheinselbstständige ersetzt, die für den halben Lohn arbeiten müssen.
- Insgesamt gibt es eine Tendenz zu Niedriglöhnen in einigen Branchen, auch zu Löhnen, die unterhalb der gesetzlichen Grundsicherung liegen.
- Betriebe werden ins Ausland verlagert. Wegen weniger Prozenten mehr an Rendite werden Arbeitnehmer im Stich gelassen.
- Traditionsbetriebe mit Perspektive werden zerschlagen.
- Unternehmen kündigen gleichzeitig Rekordgewinne und Massenentlassungen an und werden mit dem Anstieg ihrer Aktienwerte belohnt.
- Managergehälter steigen um ein Vielfaches mehr als die Löhne der Beschäftigten.
- Kleine und mittlere Unternehmen haben Schwierigkeiten Kredite zu bekommen für ihre erforderlichen Investitionen.
- Großes und anonymes Geld kauft sich spekulativ ein, mit kurzfristigem Profitinteresse.
- Fernsehberichte über Vorgänge in der Fleisch verarbeitenden Industrie oder wie in der vergangenen Woche über die Geschehnisse bei der Firma Grohe sind nötig und für viele Menschen beunruhigend zugleich.

Dies alles beschreibt nicht die Mehrheit der Unternehmen. Es ist auch nicht ganz neu und es geschieht auch etwas dagegen: Entsendegesetz, Zurückweisung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und Verfolgung illegaler Tätigkeit sind hilfreich und notwendig. Aber klar ist auch: Die Ereignisse werden dichter. Die Sorgen der Menschen wachsen, sie sind verunsichert, sehen soziale Sicherheit schwinden. Sie zweifeln an der Sozialen Marktwirtschaft und irgendwann – das muss unsere Sorge

sein – an der Demokratie. Deshalb muss Wirtschaft ihre Verantwortung annehmen.

Deshalb muss Politik sich ihrer Verantwortung stellen. Sie muss auf den Primat der Politik pochen, im Interesse des Landes. Auf nationalstaatlicher Ebene. Und, immer drängender, auf europäischer und internationaler Ebene. Auf europäischer Ebene in besonderer Weise muss man hinzufügen in der Gewissheit, dass unser Wohlstand im Sinne Sozialer Marktwirtschaft in unserem Land dauerhaft nur bestehen wird, wenn dieses Europa seine Chance nutzt, eine friedliche und Frieden stiftende, eine wirtschaftlich erfolgreiche und eine sozial stabile Region zu werden und zu bleiben. Auch deshalb die Diskussion heute hier. Die deutsche Sozialdemokratie steht in der Herausforderung, in diesen Monaten besonders.

Wir werden sie bestehen – mit Gerhard Schröder an der Spitze. Wir wollen niemanden nach dem Munde reden, sondern klar verständlich die Wahrheit sagen. Dabei wird klarer werden, dass die Aufgabe objektiv schwierig ist, aber dass Deutschland besser fährt mit der SPD. Vom Sozialen verstehen wir mehr. Die Antworten der politischen Konkurrenz sind nicht Ziel führend. CDU/CSU haben ihre Macht im Blick, aber nicht die Soziale Marktwirtschaft.

Wer Soziale Marktwirtschaft will, der muss das Soziale als wirtschaftlichen Faktor begreifen. Den sozialen Zusammenhalt zu bewahren ist keine Romantik, sondern wirtschaftliche Vernunft und demokratische Notwendigkeit. Sozialer Zusammenhalt und dauerhafter Wohlstand durch wirtschaftliche Stärke gehören untrennbar zusammen. Diese Verantwortung nehmen wir ernst.

Kleinmut und Zweifel an der Stärke und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind unbegründet. Deutschland ist stark; die Welt sieht das klarer als wir Deutschen selbst. Es muss Schluss sein mit dem Schlechtreden und dem Defensivspielen. Alle werden zur Anstrengung bereit sein, wenn alle wissen, die Anstrengung lohnt sich für alle. Wenn die Verantwortlichen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu den Prinzipien Sozialer Marktwirtschaft stehen, sind die Chancen gut für unser Land. Die deutsche Sozialdemokratie stellt sich dieser Verantwortung.